

Proteste in Georgien nehmen zu trotz US-Kritik an Premierminister

In Tbilisi demonstrieren Tausende gegen die Entscheidung der Regierung, EU-Gespräche zu pausieren. PM Kobakhidze weist US-Kritik zurück. Die Protestsbewegung breitet sich im ganzen Land aus.

In der georgischen Hauptstadt Tiflis kam es am Sonntagabend zu Protesten, die inzwischen in der vierten Nacht nacheinander stattfanden. Die Demonstrationen sind ein Ausdruck des Unmuts über die Entscheidung der Regierung, die Gespräche über einen EU-Beitritt auszusetzen. Mehrere tausend pro-europäische Demonstranten standen dabei der Polizei gegenüber, die mit Tränengas und Wasserwerfern ausgerüstet war.

Hintergrund der Proteste

Georgien, ein Land mit 3,7 Millionen Einwohnern, sieht sich seit Monaten einem steigenden Spannungsfeld zwischen der regierenden Partei „Georgischer Traum“ und der Opposition gegenüber. Letztere wirft der Regierung vor, zunehmend autoritäre, anti-westliche und pro-russische Politiken zu verfolgen. Die jüngste Krise eskalierte nach der Bekanntgabe am Donnerstag, dass die Regierung die EU-Gespräche für vier Jahre einfrieren wolle.

Proteste im ganzen Land

Am Sonntagabend versammelten sich die Protestierenden erneut auf der zentralen Rustaweli-Straße in Tiflis. Laut der georgischen Nachrichtenagentur Interpress wurden auch

Straßen zum wichtigsten Handelsport des Landes in der Schwarzmeerstadt Poti blockiert. In mindestens acht Städten und Gemeinden wurden Proteste gemeldet, und Berichte von Oppositions-TV-Kanälen zeigen, wie Demonstranten in Khashuri, einer Stadt mit 20.000 Einwohnern, Eier auf das Büro der „Georgischen Traum“-Partei werfen und die Fahne der Partei herabreißen.

Internationale Reaktionen

Die EU und die Vereinigten Staaten zeigen sich alarmiert über das, was sie als Abkehr Georgiens von einem pro-westlichen Kurs und hin zur Einflussnahme Russlands werten. Der georgische Traum verteidigt hingegen seine Maßnahmen als Verteidigung der nationalen Souveränität gegen äußere Einflüsse. Dmitry Medvedev, ein ehemaliger Präsident Russlands, kommentierte, dass Georgien sich „schnell auf dem Weg der Ukraine in einen dunklen Abgrund“ bewege und dass solche Entwicklungen in der Regel katastrophale Folgen hätten.

Die Rolle der Regierung

Georgiens Premierminister Irakli Kobakhidze wies die Kritik aus den USA bezüglich des vermeintlichen „exzessiven Einsatzes von Gewalt“ gegen Demonstranten zurück. In einer Pressekonferenz erklärte er, dass die Polizei auf einem höheren Niveau agiert habe als die Sicherheitskräfte in den USA und Europa und erfolgreich den Staat vor einer weiteren Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung geschützt habe. Kobakhidze bemerkte zudem, dass die Ankündigung Washingtons, die strategische Partnerschaft mit Georgien auszusetzen, ein temporäres Ereignis sei.

Verfassungskrise und politische Spannungen

Die ausgehende Präsidentin Salome Zourabichvili, die als

Kritikerin der Regierung und Befürworterin eines EU-Beitritts bekannt ist, kündigte an, dass sie nicht zurücktreten werde, wenn ihr Mandat Ende dieses Monats endet. Sie bezeichnete das neue Parlament, das im Oktober gewählt wurde, als illegitim und ohne Befugnis, ihren Nachfolger zu bestimmen. Kobakhidze versprach, dass Zourabichvili am 29. Dezember ihre Amtswohnung verlassen müsse.

Appell gegen ausländische Einflüsse

Eine große Anzahl von Diplomaten und Beamten hat offene Briefe unterzeichnet, in denen sie die Aussetzung der EU-Verhandlungen als rechtswidrig bezeichnen. Das georgische Außenministerium wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass ausländische Staaten versuchten, in die Funktionsweise der Institutionen Georgiens einzugreifen. Dies sei nicht akzeptabel.

Georgien auf dem Weg zur EU

Georgien hat sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 stark an den Westen orientiert und versucht, den Einfluss Russlands zu verringern. Es wurde versprochen, dass Georgien eines Tages NATO-Mitglied werden könnte, und im vergangenen Jahr wurde das Land offiziell als EU-Beitrittskandidat anerkannt. Dennoch wächst die Besorgnis, dass die Regierung „Georgischer Traum“ trotz ihrer gegenteiligen Behauptungen diesen Kurs aufgeben könnte. Im Juni verabschiedete sie ein Gesetz, das Not- und Hilfsorganisationen zwingt, sich als „ausländische Agenten“ zu registrieren, wenn mehr als 20% ihrer Finanzierung aus dem Ausland stammen. Zudem wurde im September ein Gesetz verabschiedet, das LGBT-Rechte einschränkt.

Der EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas bekundete am Sonntag Solidarität mit den Demonstranten und erklärte: „Wir stehen an der Seite des georgischen Volkes und unterstützen ihren Wunsch nach einer europäischen Zukunft.“ Sie verurteilte die Gewalt gegen die Protestierenden und bedauerte die Signale der regierenden Partei, nicht weiter auf dem Weg zur EU und zur

Verbesserung der demokratischen Bedingungen im Land zu gehen.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at